

Satzung
über die Erhebung einer Kulturförderabgabe auf Eintrittsentgelte
(Kulturförderabgabensatzung I – KFA I)

Aufgrund der §§ 8, 5, 99 und 45 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) sowie §§ 2, 3 Kommunalabgabengesetzes Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17.12.2014 (GVBl. LSA S. 522) hat der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg in seiner Sitzung am ... folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Abgabenerhebung

Die Lutherstadt Wittenberg erhebt eine Kulturförderabgabe auf Eintrittsentgelte (nachfolgend Abgabe genannt) als indirekte örtliche Aufwandssteuer nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2 Abgabengegenstand

Gegenstand der Abgabe ist der Aufwand auf Eintrittsentgelte

1. von im Stadtgebiet befindlichen Museen, Schlössern, Sammlungen, Ausstellungen, Theatern, Wandertheatern oder vergleichbaren Veranstaltungsorten,
2. von im Stadtgebiet stattfindenden
 - a) kulturellen Veranstaltungen im Freien sowie in festen oder fliegenden Bauten (z. B. Stadtfeste, Musikveranstaltungen, Stadtführungen etc.)
 - b) Tanz-, Konzertveranstaltungen und Festivals,
 - c) Varieté-, Kabarett-, Kleinkunst- und Revuevorstellungen,
 - d) Filmvorführungen,
 - e) Schönheitstänze, Darbietungen ähnlicher Art,
 - f) sportliche Veranstaltungen, die i. R. e. Berufes oder Gewerbes betrieben werden,
 - g) oder mit den vorgenannten vergleichbaren Veranstaltungen.

§ 3 Abgabenschuldner

Bezüglich des Abgabengegenstandes gem. § 2 Nr. 1 ist der Betreiber und gem. § 2 Nr. 2 der Veranstalter Abgabenschuldner. Mehrere Abgabenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 4 Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage ist das von dem Besucher der Einrichtung bzw. der Veranstaltung gem. § 2 dieser Satzung erhobene Eintrittsentgelt (abzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer).

§ 5 Abgabensatz

(1) Die Abgabe beträgt 20 % der Bemessungsgrundlage.

(2) Sofern die Aufteilung einer Gesamtrechnung in Eintrittsentgelt und Entgelt für sonstige Dienstleistungen ausnahmsweise nicht möglich ist, gilt als Bemessungsgrundlage mit Pauschalpreis (inkl. Essen und Trinken) der Betrag der Gesamtrechnung abzüglich einer Pauschale von 10,00 Euro je Besucher.

§ 6 Entstehung

Die Abgabe entsteht mit der Annahme des Eintrittsentgeltes.

§ 7 Abgabenbefreiung

Von der Abgabe befreit sind

1. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen, gemeinnützigen und religiösen Zwecken verwendet wird, wenn der entsprechende Zweck vorher bestimmt worden ist,
2. ehrenamtliche Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich zur Deckung der **Kosten** für die Veranstaltung verwendet wird, z. B. Veranstaltungen in/von Schulen oder Kindertagesstätten, Betriebsfeiern, Familienfeiern u. ä. (keine kommerziellen und auf Gewinnerzielung ausgelegten Zwecke).

§ 8 Anzeige und Nachweispflicht

(1) Jeder Betreiber von Einrichtungen gem. § 2 Nr. 1 ist verpflichtet, bis zum 15. Tage nach dem Ablauf eines Monats der Lutherstadt Wittenberg eine Erklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen.

(2) Jeder Veranstalter von Veranstaltungen gem. § 2 Nr. 2 ist verpflichtet, bis spätestens 1 Kalenderwoche nach der Veranstaltung der Lutherstadt Wittenberg eine Erklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen.

(3) Jeder Betreiber und Veranstalter ist verpflichtet, in den Fällen der Abgabebefreiung nach § 7 dieser Satzung das Vorliegen der Voraussetzung anhand geeigneter Belege nachzuweisen.

(4) Zur Prüfung der Angaben in der Erklärung sind der Lutherstadt Wittenberg auf Anforderung sämtliche bzw. ausgewählte Nachweise (z. B. Rechnungen, Quittungsbelege) im Original vorzulegen.

§ 9 Festsetzung und Fälligkeit

(1) Die Abgabe wird durch einen Abgabenbescheid festgesetzt.

(2) Die Abgabe wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides an den Abgabepflichtigen fällig. Sie ist zum Fälligkeitstag an die Lutherstadt Wittenberg zu entrichten.

§ 10 Abgabenaufsicht und Prüfungsvorschriften

Die von der Lutherstadt Wittenberg ermächtigten Mitarbeiter sind ohne vorherige Ankündigung berechtigt, während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten zur Nachprüfung der Anzeige- und Nachweispflichten die Geschäftsräume der Betreiber bzw. Veranstalter zu betreten und die Unterlagen einzusehen, die für das Erheben der Abgabe nach dieser Satzung maßgeblich sind. Entsprechend sind die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 11 Abweichende Festsetzungen

Gibt der Abgabenschuldner seine Abgabenerklärung nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht richtig ab, so setzt die Lutherstadt Wittenberg die Abgabe durch Bescheid fest. Dabei kann sie von den Möglichkeiten der Schätzung der Bemessungsgrundlage und der Festsetzung von Verspätungszuschlägen nach den Vorschriften der Abgabenordnung Gebrauch machen.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig i. S. v. § 16 Abs. 2 KAG LSA handelt, wer

1. entgegen § 8, die ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt;
2. entgegen § 10, die ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt.

(2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer als Abgabenschuldner leichtfertig

1. über abgaberechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
2. die Lutherstadt Wittenberg pflichtwidrig über steuerrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt und dadurch Abgaben verkürzt oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile für sich oder einen anderen erlangt. Die gesetzlichen Strafbestimmungen bleiben unberührt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 EUR geahndet werden.

§ 13 Datenverarbeitung

Die zur Ermittlung der Abgabepflichtigen, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Abgabe nach dieser Satzung erforderlichen Daten werden von der Lutherstadt Wittenberg gem. den Bestimmungen des Datenschutzgesetz Sachsen-Anhalt (DSG LSA) i. V. m. § 13 KAG LSA und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung erhoben, verarbeitet und genutzt. Die Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Handelsregister), beim Katasteramt und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie

Finanzwesen zuständigen Stellen erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Abgabepflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1 Satz 3 AO).

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2017 in Kraft.

Lutherstadt Wittenberg, den . . .

Torsten Zugehör
Oberbürgermeister

Dienstsigel